

II-9264 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4661/J

1989 -12- 0 1

A N F R A G E

der Abgeordneten Burgstaller  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend die Amtsenthebung des Leiters des Hauptmünzamt

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in der Anfragebeantwortung Nr.3426/AB vom 9. Mai 1989 ausgeführt, daß die "Zielsetzungen des Hauptmünzamt in Einzelfällen nicht erreicht wurden". Die Hereinnahme von Aufträgen hätte "zeitweilig zu einer Überlastung des Hauptmünzamt" geführt. Im übrigen seien "die Betriebseinnahmen des Hauptmünzamt laufend in erheblichem Maß zurückgegangen". Der Rückgang des Personalstandes sei "auch durch den Geschäftsrückgang dieses Betriebes bedingt" gewesen. Einzelnen Dienstreiseanträgen sei die Zustimmung verweigert worden, weil "die beantragten Reisen nicht immer unbedingt erforderlich" gewesen seien. Aus "Zweckmäßigkeitsgründen" sei in einem Fall mit der Wahrnehmung der Ressortinteressen ein Beamter des Bundesministeriums für Finanzen betraut worden. Eine Revision hätte ergeben, daß "Handlungen gesetzt wurden, die mit den Interessen und dem Ansehen des Bundes sowie mit den geltenden Rechtsvorschriften nicht in Einklang zu bringen waren". Für die Wahrnehmung der dienstrechtlichen Belange seien schließlich im Bundesministerium für Finanzen "zwei Abteilungen der damaligen Sektion VI zuständig" gewesen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

- 1) In welchen "Einzelfällen" konnten die Zielsetzungen des Hauptmünzamt nicht erreicht werden?

- 2) Wie oft ist die "Überlastung des Hauptmünzamt" durch Maschinenbruch entstanden und wie oft aus anderen Gründen?
- 3) Wie haben sich die Betriebseinnahmen, die Betriebsausgaben und die Betriebsergebnisse des Hauptmünzamt seit der Amtsübernahme durch Dr. Wintersberger entwickelt?
- 4) In welchem Ausmaß wurden die Prägegebühren bei den einzelnen Münzsorten der Inflationsrate angepaßt?
- 5) Wie haben sich gleichzeitig die Ausgabemengen dieser Münzsorten entwickelt?
- 6) Konnten nicht gerade durch die Hereinnahme von ausländischen Aufträgen die Verrechnungspreise bei den österreichischen Scheidemünzen gehalten werden?
- 7) Hat Dr. Wintersberger sich nicht immer mit Vorschlägen (Serien, Motivauswahl) bemüht, den Absatz der Gedenkmünzen zu steigern?
- 8) Warum wurden diese Vorschläge vom Bundesministerium für Finanzen nicht zur Kenntnis genommen?
- 9) Aus welchen "Zweckmäßigkeitgründen" wurde in einem Fall mit der Wahrnehmung der Ressortinteressen ein Beamter des Bundesministeriums für Finanzen betraut?
- 10) Wieso wurde in diesem Fall gleichzeitig noch eine zusätzliche Dienstreise für den Betriebsleiter des Hauptmünzamt bewilligt, obwohl nur Dr. Wintersberger vom polnischen Nationalbankpräsidenten persönlich eingeladen war?
- 11) Mit welchen "Interessen" des Bundes waren die Handlungen des Leiters des Hauptmünzamt nicht in Einklang zu bringen?
- 12) Inwiefern waren die Handlungen des Leiters des Hauptmünzamt nicht mit dem "Ansehen" des Bundes in Einklang zu bringen?
- 13) Mit welchen "geltenden Rechtsvorschriften" waren die Handlungen des Leiters des Hauptmünzamt nicht in Einklang zu bringen?
- 14) Welche Abteilung der damaligen Sektion VI des Bundesministeriums für Finanzen war nach der Auflösung des privatrechtlichen Dienstverhältnisses und vor der Kompetenzzuweisung durch Ministerweisung für die

dienstrechtlichen Belange des Dr. Wintersberger zuständig?

- 15) Wieso wurde schließlich mittels Weisung die Kompetenz für diese dienstrechtlichen Belange auf eine andere Abteilung übertragen?
- 16) Welche Personen oder Dienststellen wurden vom Bundesministerium für Finanzen mit der Erstellung von Gutachten in der dienstrechtlichen Angelegenheit des Dr. Wintersberger beauftragt, um Dr. Wintersberger von seinem Posten im Hauptmünzamt entheben zu können?
- 17) Wann wurden diese Gutachten in Auftrag gegeben und wann wurden sie wem im Ministerium vorgelegt?